

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: E. M. Schiffer in Krefeld
Breitestr. 109. Telefon-Nr. 1296.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Krefeld einzufenden.

Anzeigen kosten die gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Kelen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Telefon-Nr. 1358.

6. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 6. Februar 1904.

(Auflage 20,000.)

Nr. 6.

Krankenkassen und Ärzte, oder Wer hat Recht!

Wer als unbeteiligter Dritter den Streit zwischen den Krankenkassen und Ärzten verfolgt, wird geneigt sein, beiden Seiten recht zu geben. Es ist Pflicht der Kassenvorstände, das Interesse der Kassennmitglieder wahrzunehmen und die Kassen vor dem Ruine zu bewahren. Die unbefristete Arztwahl hat eine gewisse Gefahr für die Kassen. Der überfüllte Arztstand ist eben auch nicht frei von minder vornehm gemachten Elementen, ebenso wenig wie der Arbeiterstand frei ist von Leuten, die sich gern ohne Not möglichst lange vom Arzt teure Heilmittel verschreiben lassen zum Nachteil der Kassen. Man begreift es also wohl, daß die Kassenvorstände sich gegen die freie Arztwahl sträuben und behaupten, die freie Arztwahl hat längst nicht den Wert, den man ihr beilegt.

Auf der andern Seite aber haben auch die Ärzte gewiß recht, wenn sie eine ihren Leistungen, Kenntnissen und ihrem Stande angemessene Behandlung verlangen und nicht für einen Degen weniger erhalten sollen als ein Dienstmann für einen kleinen Gang. Sie führen Beispiele an, die wirklich von einer ganz unwürdigen Bezahlung zeugen. Die „Genossen“ haben dafür gefordert, daß bei den Kassen möglichst nur wahre Sozialdemokraten in den Vorstand kommen, und da zeigt sich denn, daß der ehemalige Diener, wenn er Herr wird, viel herrlicher auftritt als der geborene Herr. Die Genossen als Arbeitgeber pflegen all die schlimmen Eigenschaften, die sie selbst an den Unternehmern tadeln, in verstärkter Maße zu entwickeln: Lohnrückerei und schlechte Behandlung wird von ihnen getrieben wie nur je von einem Bourgeois.

Am 25. Januar fand in Leipzig der III. Krankenkassenkongress statt, an dem über 200 Krankenkassenvertreter teilnahmen. Die Delegierten mit rund 220000 Mitgliedern vertreten waren:

418 Ortskrankenkassen	mit 403 Delegierten
250 Betriebskrankenkassen	" 209 "
23 Zünfts- und Knappschaftskassen	" 24 "
104 freie Hilfskassen	" 85 "

Einmütig faßte der Kongress eine Resolution, welche wie folgt lautet:

„Als Träger der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkongress anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, freien Hilfs- und Zünfts- und Knappschaftskassen die Ansicht aus, daß die durch das Krankenversicherungsrecht geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Vorstand verschulden, da sie im schreienden Widerspruch steht mit den Tatsachen der nationalen und internationalen Statistik.“

Die hier verammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Versuche bestimmter Arztgruppen, die Verbesserungen der Krankenkassen gegen unerbittliche ärztliche Forderungen als ausgedehnte sozialdemokratische Maßnahmen in Mißkredit zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgültig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Zünftsmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einzig in der Zurückweisung derartiger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erblicken in dem übereifrigen Bestreben bestimmter Interessentengruppen, den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem zwischen Ärzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine wohlüberlegte Irreführung der Versicherten zu Gunsten unberechtigter ärztlicher Standesforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebauete Unternehmungen und die Ärzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitutionen und die Ärzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatsächliches Verfügungsrecht über Kassennmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Gattlosigkeit der in der Arztgruppe auftauchenden Vorstellung, die Krankenkassen seien reine Selbsthilfskassen, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich erforderlichen Reservefonds zusammengebracht hat.

Die Krankenkassenvertreter erklären die Einführung der freien Arztwahl für eine innere Angelegenheit jeder einzelnen Kasse, die je nach den örtlichen Verhältnissen am zweckmäßigsten zu regeln ist und halten sich deshalb für verpflichtet, ausdrücklich für die Einführung durch gesetzliche Bestimmungen oder durch die Ärzte sich zu erklären. Der Versuch einer Reihe von Kassen, die freie Arztwahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorare, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamentenkosten gescheitert. Sie verhindert infolgedessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familienunterstützung, Heftanwaltsentpflege usw.) gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Ärzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Arztwahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpfen.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Ruin der Kassen herbeiführende Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Forderung von Staatsmitteln im Interesse der finanzablenken Arbeitgeber und Versicherten und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mk. außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückständig und für die Fortentwicklung der Kassen lähmend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Milderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen sind und somit den Ärzten in die Hände gegeben sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß auch gesetzlich für

die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Ärzte gegen die Bezahlung staatlicher Lagen zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigten an sie herantretenden Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongress für alle Orte bezw. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bezw. den Zusammenschluß zu Verbänden scharf zu betonen.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen Arztwahl frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufsinteressen der Ärzte in Einklang zu bringen.

Zweifellos sind die Forderungen der Ärzte übertrieben. Sie fordern von den Krankenkassen nicht mehr und nicht weniger als die Lösung einer auf unabsehbare Zeit hinaus noch in der Schwebe bleibenden Frage, nämlich die Anerkennung und Anerkennung des Bismarckschen Wortes vom „Recht auf Arbeit“. Das gibt's in der Praxis in der ganzen Welt nicht, und in der Theorie stimmen ihm auch die Krankenkassen zu. Die Herren Ärzte mögen doch einmal aus der Praxis schöpfen. Die Buchdrucker z. B. haben einen über das ganze Reich sich erstreckenden Arbeitsvertrag mit ihren Prinzipalen abgeschlossen. Darin ist ausdrücklich gesagt, daß kein Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen oder Kassen vom Prinzipale bei der Vergeltung von Arbeit zurückgewiesen werden darf. Aber der Prinzipal hat das Recht, den zum Arbeitsantritt sich Meldenden — bei einer ganz geringen Anzahl von Fällen abgesehen — zurückzuweisen, und der Gehilfe hat das Recht, die Annahme von Arbeit bei diesem oder jenem — natürlich tarifstreuen — Prinzipal abzulehnen. Die Ärzte aber wollen ungleiches Recht. Sie wollen das Prinzip, daß alle Ärzte ein Recht auf Arbeit in den Krankenkassen haben, annehmen.

Die Übernahme dieser Arbeit anzuerkennen. Die sogenannten „besseren Arbeiter“ pfeifen auf die Kassenpraxis, und dadurch erscheint die ganze Arztfrage in einem für die Krankenkassen ganz besonders trüben Lichte, so daß es höchste Zeit war, einmal einem berechtigten Unmut öffentlich und demonstrativ Ausdruck zu geben.

So, wie also die Ärzte die freie Arztwahl verstanden wissen wollen, ist sie auf das Entschiedenste zurückzuweisen, auf dieser Basis muß jeder gerecht denkende Mensch das Ansehen der Ärzte bekämpfen. Und das geschieht ja zum Teile von den Ärzten selbst. Die freie Arztwahl überhaupt ist eine ideale Forderung; dieses „Recht auf Arbeit“ aber zwangsweise und einseitig nur in den Krankenkassen zu realisieren versuchen, würde diese aus dem Rahmen der zurzeit in Deutschland vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Zustände herausreißen und zerbrechen. So lange wir nach Billigkeitsrücksichten in Anbetracht der Gesamtverhältnisse ein Einverständnis mit den Arbeitgebern finden, arbeitet selbst der Gewerkschaftler nicht einmal bei einem Unternehmer auf dessen totale Vernichtung hin. In Wirklichkeit ist die ganze Frage der freien Arztwahl eine Frage der betriebstechnischen Praxis. Dabei werden weder die moralischen noch die materiellen Interessen der Ärzte verletzt, ja diese Interessen sind sogar als ganz selbstverständlich mit einbezogen. Der Kongress hat es als höchstwert bezeichnet, daß in kleineren Orten die freie Arztwahl durchzuführen sei und im übrigen es jeder Kasse überlassen, in diesem Punkte frei und nach eigenem Ermessen zu handeln.

Andererseits erscheint das Verhalten der „Genossen“, die bekanntlich in den meisten Krankenkassen die Majorität haben und auch den Kongress beherrschen, nicht konsequent und korrekt. In scharfer Weise geistelte diese Haltung der bekannte Lithograph Tischendorf (Berlin), dessen Ausführungen häufig von Lärm unterbrochen wurden. Bei der Frage der freien Arztwahl sei noch nicht unterzucht worden, ob nicht sämtliche Ärzte ein Recht haben, zur Kassenbehandlung zugelassen zu werden. Er beantwortete die Frage mit Ja! (Widerspruch.) Das sei eine Konsequenz der Gewerbefreiheit. (Oh! Lachen.) Jeder, der in Deutschland etwas gelernt hat, muß auch in der Lage sein, seine Kenntnisse an den Mann zu bringen. Sie aber wollen die Hälfte der Ärzte ausschließen. Das ist nicht gerecht. (Oh! Lärm.) Dieser Gedankengang ist vielleicht nicht viel überlegt worden, und es braucht Zeit, bis es klar wird. (Großer Lärm und Wären.) Man spricht hier vom Egoismus der Ärzte, die die Kassen ausbeuten wollen. (Sehr richtig!) Ist es nicht eine heroische Tat, daß die Kassenärzte auf einen Teil des Einkommens verzichten, um die draußen stehenden daran teilnehmen zu lassen? (Widerspruch.) Auf: Das wollen sie ja gar nicht! Wenn die frühere elende Lohnsumme von acht Pfennigen für den Einzelfall heute befreit sei, so danke man es doch der Organisation der Ärzte. Man habe es doch hier mit einer Gewerkschaftsähnlichkeit zu tun und sehe die Früchte der Tätigkeit. (Widerspruch.)

Es ist das ganz derselbe Vorgang wie bei der Gewerkschaftsbewegung. Die Löhne in einer Fabrik sind ja lange nicht so hoch, als die Arbeiter es sich gefallen lassen. Auch die Ärzte sagten: bis hierher und nicht weiter. Man sollte es doch auch begründen, daß die Ärzte zugleich Schiedsrichter verlangen. Es hat mich aber überrascht, daß man das hier ganzlich verschwiegen hat. Ich habe den Eindruck, als ob sich gewisse Arbeitnehmer als Kassenvorstände gewisse Arbeitgeberqualifikationen erworben haben, die sie würdig dem Zentralverband deutscher Industrieller anreihen. (Großer anhaltender Lärm. Auf: Schluß, Schluß!) Sie sollten doch vorsichtig sein mit solchen Äußerungen. Auch die Arbeitgeber sagen: Auch ist ja egal, ob die Fabrik dabei

bestehen kann! Ihr seid zu begehrt und könnt nicht genug bekommen! (Oh! Lärm.) Sehen Sie, wie Sie sich immer mehr in den Unternehmerstandpunkt hineinfinden. (Mittelwärtiger Lärm.)

Auch ich bin gegen ungerechte Forderungen: ich bin gegen Einzelbezahlung, und ich will den direkten Verkehr mit den Ärzten beibehalten sehen. (Auf: Na also! Lachen.) Aber das Panichquantum kam allmählich erhöht werden. Sie sollen sich hüten, die Dinge auf die Spitze zu treiben, denn das kann zu einer Gefahr für die Selbstverwaltung werden. (Widerspruch.) Lassen Sie das Prinzip der Gerechtigkeit wachen und gewöhnen Sie sich ab, schablonenmäßig zu denken und zu handeln, wie es Ihnen von gewissen Oberen vorgelegt wird. (Große Lärme und lärmende Unterbrechungen.) Redner verlangt Streichung des Absatzes 3 der Resolution, der eine Veleidigung und Herabwürdigung des Arztstandes bedeute. (Oh! Widerspruch.) sowie Streichung der Absätze 8 und 10. Heute sei eine Stellungnahme gegen jede Staatshilfe unnötig, man könne nicht wissen, ob sie nicht einmal nötig sei, wie Tinn ja auch schon dargelegt habe. (Oh! Lachen.)

Als die Genossen sich der Kassenleitungen noch nicht in dem Maße wie heute bemächtigt hatten, waren sie selbst meist für freie Arztwahl. Die Kassenvertreter vertreten bei ihrer Weigerung auch weniger die Interessen der Kassennmitglieder, sondern eben nur das der Kasse, außer etwa ihrem persönlichen. Die Mitglieder fahren eigentlich besser bei der freien Arztwahl. Freilich muß Vorzüge getroffen werden, daß durch diese die Kassen nicht ruiniert und so zur Herabsetzung ihrer Leistungen oder zur endgültigen Erhöhung der Beiträge genötigt werden. Es muß eine Lösung in dem gegenwärtigen Konflikt gefunden werden. (Widerspruch.) (Oh! Lachen.)

Was dem Arbeiter not tut.

Aus Kollegentreuen wird uns geschrieben: Der größte Feind des Arbeiters ist der Arbeiter selbst. Dieses trifft leider allzu häufig zu. Jeder Arbeiter ist ja nach Kräften bemüht, seine und der Seiner Lebenshaltung so günstig wie möglich zu gestalten. Ob dieses gewiß lobenswerte Bemühen in einer, von den jeweiligen Verhältnissen bedingten richtigen und zeitgemäßen Weise von statten geht, darüber ist sich mancher Arbeiter nicht recht klar; dadurch wird vielfach dieser oder jener Vorteil, welcher der Zufall ihm in den Schooß geworfen, illusorisch gemacht.

Am Ende der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist das eben angeführte Mißverhältnis (die Unklarheit) das am meisten in die Augen springende Moment, welches in vielen Fällen einer geistlichen Entwicklung der Arbeiter-Organisationen sehr hinderlich war. Der Gedanke des genossenschaftlichen Zusammenstehens wurde durch die Einführung der „Technik“, welche die Handarbeit zum großen Teil ablöste, erzeugt, und faßte zuerst im Vaterlande des Genossenschaftswesens in England Fuß. Gedrängt durch zu geringe Löhne, das vielfach nicht einwandfreie Verhalten der Fabrikanten zu den Arbeitern, die passive oder gar feindselige Stellung der Regierung zu irgendwelcher Vereinigung von Arbeitern, veranlaßten diese, zu dem einzigen richtigen Mittel der Selbsthilfe zu greifen. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat im Laufe der Zeit viele Wandlungen, mit tiefeneinsehender Wirkung auf deren Entwicklung durchgemacht. Große, nachhundertausenden von Mitgliedern zählende Organisationen lösten sich nach kurzem Bestehen infolge von Mißerfolgen, Streitigkeiten unter den Führern oder Sondernbestrebungen, welche den Verbänden die besten Lebensbedingungen entzogen, auf. Die gefährlichsten dieser Sondernbestrebungen der Gewerkschaften als solche war die Teilnahme am politischen Leben. Doch erkannte man gar bald das Uebel und auch, daß die ausschließliche Tätigkeit der Gewerkschaften sich auf die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und vor allem die geistige Ausbildung des Arbeiters konzentrieren müsse, wodurch auch viele namhafte Vorteile erreicht wurden. Man erkannte ferner, daß der Ansehens jedes Arbeiters an die Gewerkschaftsbewegung unter den gegebenen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit und für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse unerlässlich war. Die Organisation ist für den Arbeiter heute das wirtschaftliche Lebenselixier. Die „Trade Unions“ in England zählen heute annähernd zwei Millionen Mitglieder, so präsentieren die englischen Gewerkschaften eine Macht, mit welcher auch die Großindustriellen zu rechnen haben. Daher sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in England bedeutend günstiger, wie hier in Deutschland. Diese Vorteile verdanken die englischen Arbeiter sich selbst, weil sie die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage richtig erfaßt haben.

Es ist nicht abzuleugnen, daß auch in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung, zumal in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht hat, doch ist leider der Individualismus der Arbeiter ein Hemmnis, welcher einer Organisation, wie sie zum Vorteile der gesamten Arbeiterschaft notwendig ist, als größter Feind gegenübersteht. Was hilft es, wenn der einzelne Arbeiter in Erkenntnis seiner traurigen Lage zeternd und mit Schlagwörtern, welche er von gewisser Seite aufgegriffen hat, um sich wirksam, ohne dabei zu der Einsicht zu gelangen, daß nur mit vereinten Kräften positive Vorteile zu erlangen sind. Einestweils fehlt ihm die Einsicht der Notwendigkeit des Zusammenstehens, andernteils scheut er, irgend welche Opfer zu bringen. Ueberall dort, wo es einmal zu Differenzen und Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gekommen, empfindet man es bitter, wie notwendig die

Die Forderungen des Frankfurter Arbeiterkongresses vor dem Reichstag.

Am Samstag hat der Reichstag sich anlässlich einer Interpellation des Abg. Trimborn und Genossen eingehend mit dem Koalitionsrecht, dem Vereinsgesetz, dem Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und den Arbeiterkammern beschäftigt. Abg. Trimborn begründete die Wünsche der christlichen Arbeiter in einer glanzvollen Rede. Der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Posadowsky erklärte, dass die Regierung grundsätzlich (!) nicht mehr gegen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften sei und ebenso der Errichtung von Arbeiterkammern sympathisch gegenüber stehe. Ueber das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung schwieg er sich vollständig aus. Wahrscheinlich wird es bei einer Aenderung des preussischen Vereinsgesetzes bleiben. Kleine Fortschritte sind uns also in Aussicht gestellt, aber eine gründliche Besserung will man den Arbeitern noch nicht gewähren. Die Verantwortung muß die Regierung selber tragen.

Eine Denkschrift über Tarifgemeinschaften.

Das „Tarifamt der deutschen Buchdrucker“ zu Berlin hat, wohl einer Anregung des „Vereins rheinisch-westfälischer Buchdrucker-Vereine“ zu Köln folgend, den Mitgliedern sämtlicher Parteien des deutschen Reichstages bei Wiederaufnahme der Sitzung nach der Weihnachtspause am 12. Jan. 1904 eine Denkschrift über das Wesen der Tarifgemeinschaft im Buchdruckerhandwerk überreicht, zugleich mit einem Stück des jetzt gültigen Tarifs, einem Kommentar zu demselben, sowie einem Verzeichnis der tarifierten Buchdruckereien im deutschen Reich, die insgesamt etwa 42000 Gehülften beschäftigen. Am Schlusse der Eingabe wird der Wunsch ausgesprochen, es möge für das wertvolle Volk ein Gesetz beschlossen werden, dessen Ziele die Schaffung von Tarifgemeinschaften überall und somit der gänzliche Fortfall bitterer Kämpfe zwischen zwei beruflich zusammengehörigen Gruppen sein möge. In Anbetracht der großen Bedeutung, welche die etwaige Einführung eines derartigen Gesetzes für alle Gewerbebezüge in sich birgt, ist mit Interesse abzuwarten, in welcher Weise der Reichstag zu der Sache Stellung nehmen wird.

Ein Streit um Verlängerung der Arbeitszeit

Das bringen die sozialdemokratischen Gewerkschaftler in Bochum fertig. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband läßt dortselbst, wie der „Christliche Textilarbeiter“ schon mitteilte, ein Verwaltungsgebäude ausführen. Die Arbeit ist einem Duisburger Unternehmer übertragen worden, da sich ein Bochumer Unternehmer nicht herbeiließ, nur sozialdemokratisch organisierte Maurer zu beschäftigen. Dieser Unternehmer wollte am Samstag, den 2. Januar nicht arbeiten lassen und vom 4. Januar ab wollte er, wenn die Kälte anhalten sollte, nur noch 9 1/2 Stunden arbeiten lassen oder ganz aufhören, bisher wurden 10 Stunden (beim Verputzen) gearbeitet. Die Arbeiter wollten aber absolut am 2. Januar nicht feiern und auch nicht weniger als 10 Stunden arbeiten, weil beim Verputzen eine zehnstündige Arbeitszeit verabredet war. Dies war der Anlaß zu einem Aufruhr, der durch die Vorstandsmitglieder am Montag, den 4. Januar wieder beigelegt wurde. Die betr. sozialdemokratischen Gewerkschaftler dürfen nun wahrscheinlich — wenigstens hat man anderes bis heute nicht gehört — so lange arbeiten, als sie wünschen. Das tun dieselben Leute, die alljährlich am 1. Mai mit dem roten Banner im Knopfschlag scharenweise zu den Versammlungslokalen pilgern und für den Achtstundentag demonstrieren! Ein Aufruhr läßt zwischen der Theorie und der Praxis! Die „Baugewerkschaft“, das Organ des Verbandes christlicher Maurer, meint dazu:

„Da wird an einem Haus, dessen Bauherren Sozialdemokraten sind, von Sozialdemokraten — andere Arbeiter durften ja nicht eingestellt werden — 10 Stunden gearbeitet zu einer Jahreszeit, wo im Baugewerbe überall der Achtstundentag üblich ist. Ja, die Sozialdemokraten scheitern zur Arbeitsniederlegung, nachdem der Unternehmer der sozialdemokratischen Theorie etwas näher kommt und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt. Weiter! In der Theorie, auf ihren Bauarbeiterkongressen und Versammlungen, führen die Sozialdemokraten viele Bauunfälle auf den Umstand zurück, daß die Unternehmer in der Jahreszeit mit kürzerem Tageslicht vielfach eine zu lange Arbeitszeit festsetzen und wettern dagegen. In der Praxis erhöhen sie diese Unfallgefahren selbst, indem sie länger arbeiten lassen wie die „Ausbeuter“, die bürgerlichen Unternehmer. Der zehnstündentag im Winter ist nicht etwa nur von den am sozialdemokratischen Bau beschäftigten Arbeitern verlangt, sondern auch von der sozialdemokratischen Bauleitung, zu der auch ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gehört, gutgeheißen worden. Das geht daraus hervor, daß bisher 10 Stunden gearbeitet wurde, wie's „verabredet“ war.“ Wenn's den Bochumer Sozialdemokraten um die Forderung des Achtstundentages ernst ist, dann müßten sie ihn wenigstens bei ihrem Bau hochhalten zu der Zeit, wo er überall üblich ist. So aber! — „Kommilitonen“, „rühmliche Gewerkschaft“ würde man christliche Gewerkschaftler nennen, wenn sie ähnlich handelten. Allerdings zu einem Streit um Verlängerung einer 9 1/2stündigen Arbeitszeit sind letztere auch zu „rühmlich“; diesen Ruhm überlassen sie „freien“ Gewerkschaftlern.“

Kampfesweise der „freien“ Gewerkschaftler von Barmen.

Man schreibt der Welt. Arbztg.: „Eine Probe von Anstand, Sitte und Bildung gaben am Sonntag, den 24. Januar die Barmen Genossen anlässlich einer Versammlung des christlichen Schuh- und Lederarbeiter-Verbandes. Gleich bei der Eröffnung der Versammlung machte einer der roten Heiden, der sich anscheinend besonders hervortun wollte, mit grinsender Miene das hl. Kreuzzeichen, indem er höhnisch die Worte sprach: „Im Namen des Vaters und des Sohnes und des hl. Geistes.“ Auch während des Vortrages fielen fortwährend unsächtige, nicht widerzugebende Zwischenrufe. Ähnlich war es auch in der Diskussion. Hier schimpfte man insbesondere über Zentrumspartei, Pfarrer und Kaplanen und über die „Dummheit“ der christlichen Arbeiter. Mit keinem Worte ging man auf das Referat ein, das die geschichtliche Entwicklung des Handwerks und die Notwendigkeit der Organisation behandelte. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie lobte man über den Schellenkönig und leugnete eine Gemeinschaft der beiden nicht. Die Schule sei für die Kinder die Verdummungsanstalt! Der gleiche Redner stellte auch den Antrag, dem Referenten, Kollege Mieneder-Düffelberg, kein Schlusswort zu geben. Seine Freunde in der Versammlung stimmten ihm nichtig bei. Erst nachdem einige anständige „Genossen“ auf die Ungezogenheit dieses Antrages hingewiesen, konnte der Referent seine Ausführungen beginnen. Kaum war aber solches geschehen, da ging ein unbeschreiblicher Tumult los. Der Lärm wurde schließlich so ohrenbetäubend, daß von einem Weitersprechen keine Rede war. Die Versammlung mußte geschlossen werden. Damit nicht genug. Beim Weggange zogen einige Genossen die Hute und putzten vor ihren christlichen Arbeitsbrüdern auf den Boden! So geschah am Sonntag, den 24. Jan. 1904!“

Erstreckt steht man vor diesem Resultat einer durch und durch verfaulten Volkserziehung. Was kann dabei Gutes herauskommen für unser Volk... Unter dem Einfluß einer sich — sozialistisch — nennenden Erziehung ist solche Frucht herangereift. Wohin kommt unser Volk, wenn

wenden müssen, manche sind verzogen, zum Teil sogar ausgewandert, andere sind heute noch arbeitslos. Falls wieder einmal eine Hochkonjunktur eintreten sollte, woran allerdings vor der Hand kein Mensch glaubt, würden wohl kaum genügend geübte Sammtweber zu beschaffen sein.

Was die Arbeitszeit der noch beschäftigten Weber betrifft, so zeigt ein Blick auf die Tabelle, daß es damit auch recht traurig bestellt ist. Der weitaus größte Teil dieser Arbeiter (75%) wird ca. sechs Stunden täglich und weniger beschäftigt. Der Arbeitsverdienst ist dementsprechend niedrig, zumal die Kontrolle der Waren vielfach eine strenge ist und leicht Strafen verhängt werden. Dazu kommt noch, daß in einigen Fabriken die Leute nicht einmal zu den angegebenen Stunden regelmäßig beschäftigt werden können, sondern hin und wieder tagelang „warten“ müssen. Trotz alledem ist man in verschiedenen Etablissements nach wie vor dabei, die einseitigen Stühle durch sogen. „Doppelpflücker“ zu ersetzen, wodurch die Produktion verbilligt und — vermehrt wird. Steigert sich die Nachfrage nach Waren nicht, so müssen, da die Läger eine Ueberfüllung nicht ertragen, weitere Reduktionen der Arbeitszeit oder der Arbeiterzahl vorgenommen werden.

Es mag zugegeben sein, daß die Fabrikanten selbst empfindliche Nachteile in dieser Krisenzeit haben, allein für die Arbeiter ist es soweit, daß sie nicht mit Unrecht sagen: Wir halten das nicht mehr aus! Unbedingt müßte hier etwas geschehen: vielleicht ließe es sich z. B. ganz gut einrichten, daß die Arbeiter statt täglich ein paar Stunden wöchentlich eine Anzahl Tage voll beschäftigt würden, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich nach einem Nebenverdienst umzusehen. Jedenfalls aber müßte die Angelegenheit einmal energisch von der anscheinend so wenig beschäftigten städtischen sozialen Kommission in die Hand genommen werden. Möge diese Anregung nicht vergebens sein.

(Wie wir schon erfahren, bleibt die bisherige tägliche Arbeitszeit von 5 1/2 Stunden bei der Firma Gustav Jacobiny bis auf weiteres bestehen.)

Der Arbeiter in England und in Nordamerika.

Ein englischer Unternehmer, A. Mojely, der mit Besorgnis den für die englische Industrie gefährlichen Aufschwung der Vereinigten Staaten von Amerika beobachtet, hat vor einiger Zeit die Sekretäre der Gewerkschaften der wichtigsten Berufsvereine Englands eingeladen, ihn auf einer Informationsreise über den Stand der Industrie jenseits des Ozeans zu begleiten. 23 Arbeitervertreter haben die Einladung angenommen und vom Oktober bis Dezember v. J. verschiedene der Hauptindustriestrukturen in Kanada und den Vereinigten Staaten besucht. Jeder Arbeitervertreter hat dann über die Hauptpunkte seines eigenen Gewerbezweiges einen Bericht geschrieben und außerdem einen Fragebogen beantwortet, der allen gleichmäßig vorgelegt war. Wie nun der Sop. Pragis aus London auf Grund der erstatteten Berichte geschrieben wird, seien alle Delegierte überzeugt, daß der englische Arbeiter durchweg an den amerikanischen heranreicht, wenn er ihn nicht gar übertrifft. Die größere Arbeitsleistung der amerikanischen Arbeiter sei auf verschiedene Umstände zurückzuführen: in den Baumwollspinnereien und der Bleichindustrie z. B. auf die bessere Qualität des benutzten Rohmaterials und in der Maschinenbauerei auf die größere Mannigfaltigkeit der Werkzeugmaschinen und den größeren Unternehmungsgeist der amerikanischen Unternehmer. Im Lokomotivbau werde die größere Arbeitsleistung des Amerikaners ausgeglichen durch kürzere Lebensdauer und weniger gute Qualität der Arbeit. Hervorgehoben wird, daß in Amerika Arbeit ersparende Maschinen im weitesten Umfange in Gebrauch seien, daß ihre Verbreitung von den Gewerkschaften begünstigt und von den Arbeitern begrüßt werde, und daß durch ihre Mitwirkung dieses Prinzip höher entwickelt sei als in England. Während es in England Brauch sei, dem Arbeiter den Arbeitslohn zu kürzen, sobald er eine bestimmte Höhe zu übersteigen beginne, ständen in Amerika die Unternehmer hohen Löhnen wohlwollend gegenüber, solange sie selbst noch Vorteil daraus ziehen könnten. In der Regel sei der amerikanische Unternehmer für seine Arbeiter zugänglich und fördere und belohne selbständige Gedankenarbeit bei ihnen mehr, als dies in England der Fall sei.

Mr. Mojely jagt in dieser Beziehung in dem Bericht: „Wir müssen die Initiative unserer Arbeiter, wo sie sich zeigt, fördern, und uns dazu verstehen, sie hierfür angemessen zu bezahlen; wir müssen ihren Geistes- und Kräfteanstrengungen vollen Spielraum lassen und sie angemessen belohnen, wie es in den vereinigten Staaten geschieht.“ — Bezüglich der starken Abnutzung des amerikanischen Arbeiters, welcher dieser angeführten der hohen Kräfteanstrengung unterworfen sein soll, sind die Mitglieder der Studienkommission geteilter Meinung. Mehr als die Hälfte der Delegierten ist der Ansicht, daß der amerikanische Arbeiter sich nicht schneller abmüht als der englische. Die Arbeitszeit ist im Allgemeinen länger als in England, dagegen sind die amerikanischen Löhne durchweg höher, besonders auch die für die ungermten Arbeiter. Die amerikanischen Arbeiter wohnen auch besser, allerdings bei höheren Mieten wie in England. Einer der Berichterstatter kommt zu dem Schluß, daß bei einem Vergleich zwischen der Lohnhöhe und den Kosten der Lebensführung wohl ein durchschnittlicher Uebererschuß von 25 pSt. zu Gunsten des Amerikaners bestehe. Ein arbeitssamer, nüchtern Mann könne zweifellos mehr Geld sparen als in England; schweres Fahren sei durchaus nicht üblich, und Arbeiten bei Pferderennen (!) seien für den amerikanischen Arbeiter etwas Unbekanntes. Durchweg rührend verbreiten sich die Berichte über die amerikanischen Schulbildung. Die Fortbildungsschulen seien den englischen weit überlegen. Die Hälfte aller Arbeiterkinder bleiben bis zum 15., ein Viertel bis zum 16. Jahre in der Schule. Auch die amerikanischen Fachausbildung scheint eine höhere zu sein. Sämtliche Mitglieder stimmen darin überein, daß der amerikanische Arbeiter durch frühzeitige Vorbereitung und besondere Ausbildung für sein Fach besser ausgerüstet wird als der Engländer. Die Frage, ob die allgemeine Lage der amerikanischen Arbeiter besser als die der englischen sei, ist von fünf Mitgliedern verneint, von sieben garnicht beantwortet worden, während die übrigen elf sie mehr oder weniger bestimmt bejahten, mit dem Hinzufügen, daß nur höhere Löhne erspöckerlich wären, um das Gleichgewicht für England herzustellen. Die meisten Mitglieder erklärten, daß sowohl wegen der größeren Expansivkraft der amerikanischen Industrie, als wegen der höheren Einschätzung persönlicher Geschäftlichkeit der Arbeiter in Amerika bessere Chancen habe eintreten können als in England.

Organisation ist, und holt Angewandte das Veräuferte häufig nach. Wie mit die Gewerkschaft tut, beweist am besten die Tatsache, daß die Fabrikanten sich allerorts ebenfalls zu Schutz- und Trutzbänden gegenüber den Arbeitern zusammenschließen. Wenn sich auch die christlichen Gewerkschaften sagen müssen, daß ihre Forderungen nur gerecht sind, sie dabei von keinerlei Sonderbestrebungen geleitet werden, so sind sie gerade deshalb und infolge der Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften, und dank dem Mißtraut, in welchen letztere die gesamten Gewerkschaften bei den Fabrikanten gebracht haben, doppelt notwendig gehandelt es sich dabei doch um die Erzielung einer menschenwürdigen Lebenshaltung, eventl. auch um Abwehr eines schlimmen Feindes, welcher gewillt ist, das ganze Wirtschaftsleben von Grund auf zu zerstören, und die Opfer und Wägen einer jahrelangen ehrsüchtigen Arbeit illusorisch zu machen. Die christlichen Arbeiter, welche selber erst durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus dem Schlaf gerüttelt werden mußten, befaßen sich nicht mit Politik und können so ihre ganze Kraft dem eigentlichen Ziele, welches sie erstreben wollen, widmen. „Sozialdemokratie und (freie) Gewerkschaften sind eins.“

Welcher Schaden ist der Arbeitererschaft schon entstanden, wenn diese Tatsache praktisch angewendet wurde, wo man glaubte, diesem Bestreben nützlich zu sein? Wenn die christlichen Gewerkschaften auch noch verhältnismäßig schwach sind, so können dieselben im Kampfe schon achtunggebende Erfolge aufweisen, welche prozentual ausgerechnet, gegen die Niederlagen, welche die „freien“ Gewerkschaften, trotz ihrer Macht aufzuweisen haben, in umgekehrtem Verhältnis stehen. Die christlichen Gewerkschaften suchen erst durch das zunächst liegende und praktischste, nämlich einen gütlichen Ausgleich die Interessen der Arbeiter zu sichern. Es bleibt ihnen doch als letztes Mittel immer noch der Streik. Wäre der Streik, die Opferwilligkeit bei den christlichen Arbeitern nur annähernd so groß, wie bei den sozialdemokratischen, so hätten sie die letzteren bald überflügelt. In einem Kampfe gehören Opfer, gehört eine Macht. Mächtige jeder christlich denkende Mann einsehen, daß sein Ansehen an eine Organisation eine Ehrenpflicht sowohl gegen sich selbst wie seiner Familie gegenüber ist. Eine gesunde Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist dann gewiß; eine Entwicklung auf dem Boden der bestehenden Ordnung und der Bescheidenheit, ohne Politik in die Bewegung zu tragen, welche ein Eingeweihter für die Arbeiterbewegung ist, ohne Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, unentwegt vorwärts, zum eigenen Wohle, zum Segen des ganzen wirtschaftlichen Lebens.

Zur Lage der Krefelder Sammtweber.

Die niederrheinische Sammtindustrie hat z. Bt. eine schwere Krise durchzumachen. — Dieser tieftraurigen Tatsache, die nicht nur für die betroffenen Arbeiter und Arbeitgeber, sondern für den gesamten niederrheinischen Handel und Wandel nachteilige Folgen hat, kann sich die Öffentlichkeit nicht länger verschließen. Eine solche sogen. „schlechte Zeit“ stellt ja für die Seiden- und Sammtfabrikation nicht gerade etwas Neues dar; allein die gegenwärtige Krise in der Sammtindustrie dürfte in Bezug auf Ausdehnung und Schärfe doch manche vorhergegangene „Periode des Niederganges“ weit übertreffen. Manche Kreise zweifeln überhaupt an einer durchgreifenden Gesundung dieses für Krefeld so wichtigen Industriezweiges, trotz aller technischen Verbesserungen. Wo soll das hinaus?

Wie die Dinge z. Bt. liegen, erhellt am besten aus der nachstehenden Tabelle, welche zwar auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch erheben kann, da die Zahlen tagtäglich wechseln, deren Angaben jedoch im Allgemeinen vollauf zutreffen, da sie in den allerletzten Tagen mit gewissenhafter Sorgfalt zusammengestellt sind. Die Erhebungen wurden veranstaltet aus Anlaß der offiziellen Erklärung einer der größten Sammt-Firmen (Gust. Jacobiny) an ihren Arbeiterauschuß, daß die tägliche Arbeitszeit vom 1. Februar cr. ab auf 3 1/2 Stunden reduziert werden müsse. Diese Aufsehen erregende Nachricht legte den Gedanken nahe, festzustellen, wie die Verhältnisse in Bezug auf die Beschäftigung der Arbeiter in den Sammtfabriken überhaupt liegen. Wir lassen zunächst die Tabelle folgen:

Table with 10 columns: Name of factory, 3 1/2 St., 5 1/2 St., 6 St., 7-7 1/2 St., 8 1/2 St., 9 St., 9 1/2 St., 10 St., Total. Rows include Gust. Jacobiny, Wollman u. Wollberg, etc.

Aus dieser Zusammenstellung geht zunächst hervor, daß von den 1884 Sammtweberhülsen 805 außer Betrieb gesetzt sind, d. h. 46 Prozent. Da drängt sich die Frage auf: Wo sind die Arbeiter, die früher, zum großen Teil noch vor wenigen Monaten an diesen Webmaschinen Arbeit hatten und durch dieselbe ihr Brot verdienen? Kann, sie sich entlassen und „gegangen“ worden, sie haben sich anderen Branchen zu-

*) ca. 60 Stühle sind schon inunleistung außer Betrieb. **) Hier sind außerdem 4 Arbeiterstellen an Webstühlen tätig. In einigen Fabriken ist die Beschäftigung keine regelmäßige, vielmehr treten „Wartestellen“ für die Arbeiter ein.

Leben. Zum Schluß wurde angeregt, vor Ostern eine große öffentliche Versammlung abzuhalten, wozu insbesondere die Arbeiterinnen eingeladen werden sollen. Hierauf schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

N.B. Notwendig im Interesse der Mitglieder wäre ein besserer Besuch gewesen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis für die Inoffiziellen und wird gehofft, das nächste Mal ein volles Haus begrüßen zu können.

Windberg. Am 23. Januar hier unsere Ortsgruppe Generalversammlung im Lokale von Wm. Peter Baues 5, mit der Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl und Verschiedenes. Jahresbericht: die Ortsgruppe zählte am Schlusse des Jahres einschließlich Ehrenmitglieder, Invaliden und Arbeiterinnen 154 Mitglieder. Dem Kassierer wurde nach Bericht der Revisoren für das 4. Quartal, sowie für das abgelaufene Jahr Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Joseph Strößen als Schriftführer und Peter Schwarzmann als Kassier gewählt, welche die Wahl leitend annahmen. Der Bezirksvorsitzende Hermes hielt einen Vortrag über die Zweckmäßigkeit der obligatorischen Einführung von Arbeiterauschüssen. In der Diskussion wiesen verschiedene Kollegen darauf hin, daß es notwendig sei, wenn die Arbeiterauschüsse nach Wunsch ihre Tätigkeit ausüben sollen, ihnen eine geschlossene Arbeiterchaft im Rücken stehen müsse. Unter Punkt Verschiedenes hat ein Kollege den Bezirksvorsitzenden, ihnen einige Aufklärung über die Grimmitzhauser Aussperrung und deren schnelle Beendigung zu geben, welches dieser bereitwillig tat. Zum Schlusse sprach der Vorsitzende allen Mitgliedern für ihre Mitarbeit im verwichenen Jahre herzlichsten Dank aus.

Zell i. W. (Baden). Am Sonntag, den 17. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, welche leider Schwach besetzt war. Der Vorsitzende erteilte nach kurzer Ansprache dem Kollegen Sütterle das Wort zur Verlesung des Protokolls. Sodann erstattete Kollege Künle den Kassenbericht vom Jahre 1903. Die Kassenrevisoren erklärten, die Kasse in Ordnung gefunden zu haben, und so wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Vorstande schieden aus der erste Vorsitzende und der Kassierer. Ersterer wurde wiedergewählt. Der letztere erklärte, das Amt nicht mehr annehmen zu können, es wurde an seiner Stelle Kollege Joseph Hosp gewählt. Als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Karl Maier und Bernh. Stebold wiedergewählt und als Vertrauensmann Karl Widman. Zum Punkte Agitation wurde sehr lebhaft gesprochen, es wurde besonders hervorgehoben, daß die mündliche Agitation energischer betrieben müsse, jeder einzelne Arbeiter müsse Agitator werden, seine Nebenarbeiter auf die Wichtigkeit der Organisation aufmerksam machen und für dieselbe zu gewinnen suchen. Auch die Verhandlungen müssen in Zukunft besser besucht werden. Jedes Mitglied, ganz besonders auch die Neueingetretenen, müssen es als ihre Ehrenpflicht betrachten, die Versammlungen vollzählig zu besuchen und das Verbandsorgan fleißig zu lesen. Ebenso sollen die Mitglieder fleißig studieren in den Büchern der Gewerkschaftsbibliothek. Wenn so jedes einzelne Mitglied seine Pflicht erfüllt, dann wird auch die Ortsgruppe Zell blühen und gedeihen.

Verbandstaler.

Kachen. Montag, 8. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „zur Maus“, Versammlung des Delegiertenklubs.

Haus. Sonntag, 7. Februar, Unterrichtskursus. Alle erscheinen.

Coesfeld. Mittwoch, 10. Febr., Mitgliederversammlung im Vereinshaue. T.D.: Stellungnahme zur Bezirks-Generalversammlung.

Corschenbroich. Sonntag, 7. Febr., nachm. 5 1/2 Uhr, im Lokale A. Wittges öffentliche Versammlung. Hierzu werden alle Teilnehmer von Corschenbroich und Umgegend freundlichst eingeladen.

Delmenhorst. Sonntag, 15. Febr. (nicht am 7. Febr.), nachm. 4 1/2 Uhr, Versammlung bei Kollege. In dieser Versammlung wird ein Kollege einen Vortrag halten über die Organisation der Arbeiterinnen.

Düren. Sonntag, 7. Febr., nachm. 5 Uhr, im „Gärtchen“ (vocal Hüben): öffentliche Versammlung. Es ist Ehrenpflicht der Mitglieder, für diese Versammlung tüchtig zu agitieren, besonders unter den Papierarbeitern.

Dülmen. Sonntag, 7. Febr., vormitt. 11 Uhr, Mitgliederversammlung. T.D.: Jahres-Abrechnung, Verschiedenes. Alle erscheinen. Der Diskutierabend findet jetzt wieder regelmäßig statt und zwar am Samstag, 13. Febr., abends 8 Uhr.

Düsseldorf. Sonntag, 7. Februar, morgens 11 Uhr, im Paulshaus, Generalversammlung. T.D.: Kassenbericht und Wahl eines Vorsitzenden. Zu dieser Versammlung werden alle Mitglieder im Interesse unserer Ortsgruppe dringend gebeten zu erscheinen.

Eberfeld. Samstag, 6. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Geyellenhaue: Generalversammlung. T.D.: Rechnungsablage, Revisorenwahl, Einführungsgesetz, Verschiedenes. Alle erscheinen.

Embsbetten. Sonntag, 7. Febr., nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Saale unseres Ehrenmitglied B. Rod, eine Versammlung für die Arbeiterinnen statt, in welcher eine answärtige Kollegin referieren wird. Kollegen, agitiert für guten Besuch, damit auch unsere Kolleginnen zahlreich dem Verbände beitreten.

M.-Glabach. (Verein der Gewerbetreibenden). Sonntag, 7. Februar, nachm. punkt 4 Uhr, bei Wilhelm Engels (Etage) alter Markt zu M.-Glabach: Versammlung. Hierzu sind alle Arbeitnehmerbeisitzer sämtlicher Wahlbezirke eingeladen. Anfragen, Aufschreiben u. sind zu richten an den Vorsitzenden, Herrn M. Kaiser, M.-Glabach-Waldhaußen, Bergstr. 1.

M.-Glabach-Gleien. Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, findet im Lokale des Ehrenmitglied Herrn Johann Kreis, Eisenstraße, ein Familienfest statt. Daselbe verspricht sehr interessant zu werden. Hierzu laden wir alle Mitglieder, Ehrenmitglieder nebst Verwandte und gute Bekannte freundlichst ein. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Programm an der Kasse zu 10 Pf.

M.-Glabach-Hermes-Dahl. Sonntag, 7. Febr., abends 6 Uhr, im Lokale von Joh. Schumacher, Buchstr. 1, Generalversammlung. T.D.: im Lokale. Wegen der Wichtigkeit der T.D. darf kein Mitglied fehlen.

Rehn. Sonntag, 7. Februar, morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale von Reich (Zimmer oben): ordentliche Generalversammlung. T.D. im Lokale. Nicht alle Mitglieder ist pünktlich zu erscheinen.

Selenabrunn. Sonntag, 7. Febr., abends 6 1/2 Uhr, im Lokale (oben) des Herrn Joh. Schönen, Zimmer, Generalversammlung. T.D.: im Lokale. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Süßeswagen. Sonntag, 7. Febr., morgens punkt 11 1/2 Uhr, Versammlung. T.D. wird in der Versammlung bekannt gemacht. Alle erscheinen.

Katterherberg. Sonntag, 7. Febr., im Lokale Joh. Leo, Thomer: Mitgliederversammlung. T.D.: Rechnungsablage, Vorstandswahl, besondere Angelegenheiten. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Krefeld. Sonntag, 7. Febr., nachm. 6 1/2 Uhr, bei Schöpper, Leßmann- und Gelbersteinstraße 6: gemeinsame Versammlung. T.D.: Die Verlegung der Zentrale nach Düsseldorf. Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen Ehrenpflicht.

Krefeld i. E. Sonntag, 14. Febr., ordentliche Mitgliederversammlung im bekannten Lokale. T.D. wichtig. Mitglieder, zahlreich erscheinen.

Waldhaußen i. E. Sonntag, 14. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Pariser (Bergstr. 21). Es ist Pflicht aller Mitglieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Wülfrath. Sonntag, 7. Febr., mittags 12 Uhr, im Saale des Herrn Wülfrath, Admistr., Generalversammlung. T.D.: Vorstandswahl, Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Wenzel i. Zell. Sonntag, 20. Febr., abends 8 Uhr, Versammlung. T.D.: Vortrag. Behufs Abweisung der Karten sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Odenkirchen. Von Sonntag den 7. Febr. ab findet die Bücherausgabe jeden Sonntag Morgens von 10-11 1/2 Uhr im Lokale unseres Ehrenmitglied Herrn Aug. Wathelien im „deutschen Eck“ statt. Wir bitten unsere Mitglieder, die Bibliothek fleißig zu benutzen.

Odenbrück. Sonntag, 7. Febr., morgens 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Stüler. Unorganisierte mitbringen.

Rehn. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, 7. Februar, abends 6 Uhr im Lokale des Herrn Heydtmann (Böth) ein Familienfest innerhalb unserer Ortsgruppe stattfindet. Sollte jemand aus Versehen eine besondere Einladung nicht erhalten, so möge man diese als solche betrachten.

Verlantenheide. Sonntag, 7. Februar, abends punkt 7 Uhr: General-Versammlung bei Jaf. Kahlen. T.D. wichtig. Pflicht der Mitglieder ist, daß Alle pünktlich erscheinen.

Werden und Umgegend. (Ortskartell.) Sonntag, 7. Febr., morgens 11 Uhr, im Lokale des Wirten Wilh. Eitelmann: Versammlung, wozu die Mitglieder dringend eingeladen werden. T.D.: Geschäftsbericht, Rechnungsablage, Verschiedenes.

Wickrath. Die Mitglieder von Wickrath, Wickrathberg und Umgegend werden gebeten, am Sonntag den 7. Febr., morgens 11 Uhr, im Lokale von Wm. Joh. Wickrath, Hauptstr., zu einer wichtigen Besprechung, zwecks Gründung einer Zählstelle, zu erscheinen.

Windberg. Samstag, 6. Febr., abends 9 Uhr, bei Wilhelm Boms: Unterrichtskursus. T.D.: Der Sozialismus. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Willich. Sonntag, 7. Febr., abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Wittres (Saal oben), Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe. T.D. sehr wichtig, wird im Lokale bekannt gemacht. Es wird dringend gebeten, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen und die Kartenbücher mitzubringen.

Denn. Samstag, den 13. Febr., abends 8 Uhr, im Lokale von Hubert Bodz, außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftskongressvereins „Selbsthilfe“, e. G. m. b. H. T.D.: 1) Votumfrage, 2) Verschiedenes. Anträge zu dieser Versammlung müssen drei Tage vor der Zeit an den unterzeichneten Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Der Aufsichtsrat:
J. A.: Joh. Hilgers, Vorsitzender.

Waldhaußen. Gewerkschaftskongressverein „Solidarität“, e. G. m. b. H. Samstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr beim Wirten Johann Lennary zu Waldhaußen Generalversammlung. T.D.: 1) Geschäftsbericht, 2) Vortrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Zentralgewerkschaft Herrn Bureauvorsteher D. Dick. Hierzu gestatten wir uns, sämtliche Mitglieder ergebenst einzuladen mit der Bitte um rechtzeitiges und vollzähliges Erscheinen.

Der Aufsichtsrat:
Kaiser, Vorsitzender.

Bilanz

des Gewerkschaftskongressvereins „Eintracht“, e. G. m. b. H. zu Lobberich vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1903.

Aktiva.		Passiva.	
Kassenbestand	986,29	Fer Waren-Kredit-Conto	3330,82
Warenbestand zu Einkaufspreis	7430,15	Geschäftskasseil-Conto	2667,07
An Fasslagen	9,00	„ Zinsen-Conto	70,00
In der Hausgenossenschaft eingezahlt	110,00	„ Reiserbonds-Conto	208,05
Zinsentrag nach 10% Abschreibung	607,47	„ Rückvergütung des Bäckers- und Metzger-Conto	1409,82
Ausstehende Forderung	119,05	Bon der Kohleneinkaufslasse zu einem Baufonds	147,16
		An Gewinn- und Verlust-Conto	1429,04
	9261,96		9261,96
Stand am 1. Januar 1903	90	Mitglieder anteile	1985,00
Zugang pro 1903	14	„	952,37
Abgang pro 1903	9	„	270,30
Stand am 1. Januar 1904	95	„	2667,07
			3030,00

Lobberich, den 1. Januar 1904.

Der Vorstand: Lorenz Janzen, Wilh. Faber, Gerhard Glasmachers.
Der Aufsichtsrat: Hubert Düppers, Vorsitzender.

Krefeld. Achtung! Krefeld.

Sonntag, den 7. Februar, abends 5 1/2 Uhr, im Lokale Schloffer, Liebfrauenstr.- u. Gelbersteinstr.-Ecke

allgemeine Mitglieder-Versammlung

der Krefelder Ortsgruppen. Tagesordnung: Die Verlegung der Zentrale nach Düsseldorf. Hierzu werden die Kollegen und Kolleginnen dringend eingeladen.

Die Vorstände der Krefelder Ortsgruppen.

Unserm langjährigen Schriftführer, Kollegen **Gustav Tümmers**

und seiner Gemahlin geb. Agnes Sturm zu ihrer am 9. Februar stattfindenden

silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

(240 Mt.) Ortsgruppe Willich.

Uebersicht über die Sterbefälle

pro IV. Quartal 1903.

Nr.	Name	Ort	Krankheit	Sterbegeld Mt.
71	Joseph Weissen	Kachen-Burtsch.	Uebertrag	2560,—
72	Hubert Bonnes	Waldhaußen	Schwindjucht	30,—
73	Edward Kasper	Jüssen	Wirkelstind.	40,—
74	Jacob Belle		Schwindjucht	30,—
75	Eilse Förster	Expem	Wasserjucht	40,—
76	Wilhelm Genenger	M.-Glabach	Schwindjucht	30,—
77	W. F. Roderbusch	Kachen-Burtsch.	Herzschlag	40,—
78	Lambert Kirch	Kachen I	Schwindjucht	30,—
79	Bernhard Almgut	Essenbrück	Nierenwasser	30,—
80	Witwe Bed	Kempen	Schwindjucht	30,—
81	Franz Hartung	Gaan	Blasenleiden	40,—
82	Arnold Arnolds	Jungenbroich	Schwindjucht	50,—
83	Albert Güttes	M.-Glabach	Schwindjucht	40,—
84	Heinrich Peters	Lobberich		40,—
85	Karl Hosp	Jüssen	Lungenentzünd.	40,—
86	Johann Münken	Geyrath	Schwindjucht	30,—
87	Katharina Flachkamp	Kachen I	Schwindjucht	30,—
88	Anton Janzen	Wülfrath	Schwindjucht	40,—
89	Ludwig Windhaußen	Burgwaldbiel	Herzschlag	50,—
90	Hermann Joseph Bözen	Kempen	Schwindjucht	30,—
			Summa	3280,—

Krefeld, den 1. Januar 1904. Der Zentralvorsitzende: G. M. Schiffer.

Unserm werten Vorsitzenden und Kollegen
Wilhelm Brendgens nebst Braut
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur
Vermählung.
Gewidmet von seinen Kollegen der Ortsgruppe Odenkirchen.

II. Verbandsbezirk (M.-Glabach).

Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale von Peter Kommerstrich, M.-Glabach (Alter Markt)

General-Versammlung

Zu dieser Versammlung sind die Vorstände der Ortsgruppen freundlichst eingeladen.

Tages-Ordnung:

- 1) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes und Prüfung der Jahresrechnung;
- 2) Wahl des Bezirksvorstandes;
- 3) Wahl von Verbandsauschussmitgliedern nebst Vertreter;
- 4) Wahl von Revisoren für die Bezirkskasse;
- 5) Antrag der Ortsgruppe „Rheinböhler“ betr. Abänderung des § 12 des Statuts.

Der Vorstand.
J. W.: Wilh. Hermes, Bezirksvorsitzender.

IV. Verbandsbezirk Barmen.

Unsere diesjährige Bezirks-Generalversammlung

findet Sonntag, den 14. Februar, nachmittags punkt 2 Uhr in Eberfeld im Hause des evangelischen Arbeitervereins, Mittelstraße, statt.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Wilh. Köhling, Vorsitzender.

V. Verbandsbezirk (Bocholt-Münster).

Sonntag, den 21. Februar 1904, vormittags 10 Uhr beginnend, findet in Coesfeld im Lokale des Herrn Peter Schreyer („Im Lindenhof“) die

ordentliche Generalversammlung

unseres Verbandsbezirks statt.

Tages-Ordnung:

- 1) Geschäftsbericht des Vorstandes;
- 2) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes und Prüfung der Jahresrechnung;
- 3) Vorstandswahl;
- 4) Wahl von zwei Ausschussmitgliedern sowie deren Stellvertreter;
- 5) Wahl der Revisoren;
- 6) Arbeiter-Ausschüsse betr.;
- 7) Antrag mehrerer Ortsgruppen, für den Bezirk einen zweiten Beamten anzustellen;
- 8) Rechnungsablage des Kassierers der Unterstützungskasse;
- 9) Antrag um Abänderung des Statuts dieser Kasse;
- 10) Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees und Rechenschaftsbericht dieser Kasse;
- 11) Verschiedenes.

Indem wir hiermit den Delegierten die Beglaubigungsurkunden zur Kenntnis bringen, ersuchen wir die einzelnen Ortsgruppenvorstände, die Wahl der zu entsendenden Delegierten dem Bezirksvorsitzenden bis zum 14. Februar anzuzeigen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: H. Camps, Vorsitzender.

VII. Verbandsbezirk (Oberrhein).

Generalversammlung

am Sonntag, den 28. Februar in Basel (Schweiz), zu welcher die Vorstandsmitglieder der verschiedenen Ortsgruppen hiermit freundlichst eingeladen sind. Tagesordnung und Beginn der Generalversammlung werden später mitgeteilt. Anträge müssen nach § 32 des Statuts innerhalb 14 Tagen dem Vorstände eingebracht werden.

Der Vorstand.
J. A.: Hermann Kammerer.

Essen Sie gerne Hausbuden-Brod?

Bitte verlangen Sie gratis und franco die Broschüre

Unser Brod

mit Anleitung zum Backen, Preisen und Zeugnissen über Frym's Patent-Zimmer-Baden für den Hausbedarf, von welchem in kurzer Zeit in der Düren-Greiflicher Gegend über 200 Stück verkauft wurden. Bequeme Zahlungsbedingungen (auch in Teilzahlungen). 13 mal patentiert.

(Vertreter gesucht.) Frym & Co., Büsseldorf (Mtbl.)

148.000 Artikel, Verweltsungen.

Seeben erscheint: Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Meyers Grosses Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemelten Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Vorlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

uonay pun qraj1 0091 uobundpuqy 000'11